

Rede Claudia Dunst (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG))

Liebe Kolleginnen und Kollegen in Heidelberg - herzlich Willkommen zum 1. Mai.

Ich freue mich, heute vor euch zu stehen. Für eine Sache, die mir und uns hier wichtig ist: Die Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer vielfältigen Gesellschaft. Hier in Heidelberg – in Deutschland – in Europa – in der Welt

Zusammen feiern wir heute unseren Tag der Arbeit. Unter dem Motto **„Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“**.

Der 1. Mai ist unser Tag! Am 1. Mai feiern wir Erfolge und zeigen Flagge für unsere Forderungen!

Lasst uns hier und heute ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit und für mehr Solidarität setzen. PAUSE

Lasst uns hier und heute gemeinsam feiern.

Denn wir haben etwas zu feiern: Ohne den unermüdlichen Einsatz

- unserer Mitglieder,
- unserer Betriebsräte,
- unserer Kolleginnen und Kollegen,

ohne Euren Einsatz würde es in diesem Land ganz anders aussehen!

Wir sind die Expertinnen /Experten für gesellschaftlichen Zusammenhalt!

Wir sind die Kraft des sozialen Fortschritts!

Wir haben im letzten Jahr viel erreicht!

Unser Einfluss auf die Politik ist im Koalitionsvertrag sichtbar, unsere Tarifpolitik verbessert Einkommen und Arbeitsbedingungen, und gemeinsam mit unseren Betriebsräten gestalten wir täglich gute Arbeit .

PAUSE

Ich stelle euch heute ein paar Gewerkschaftsmitglieder vor, die mit und durch uns bessere Arbeits- und Lebensbedingungen haben.

Kevin – ein junger Mann, der in der Mensa in Heidelberg arbeitet.

Jenny – eine Frau, die als Zugbegleiterin bei der DB arbeitet

Christian – ein Pfleger am Uniklinikum Heidelberg

Cedim – die Mechatronikerin werden will

Rainer – ein Instandhalter bei der DB Netz AG

Ismael – ein IT-Experte,

Angelika – eine Elektronikerin bei den Heidelberger Druckmaschinen

Kevin hatte bislang ein prekäres Arbeitsverhältnis.

Nun bekommt er bei der Mensa in Heidelberg aufgrund des Einsatzes von ver.di bessere Arbeitsbedingungen. Für über 250 beschäftigte Studierende in den Mensen gilt ab April den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder. Das bedeutet mehr Geld, Urlaubsanspruch und Lohn an Krankheitstagen

Jenny, Zugbegleiterin bei der DB und wohnhaft in Heidelberg - konnte für 2018 nach dem EVG-Wahlmodell selber wählen, ob sie eine Gehaltserhöhung von 2,6 Prozent, sechs Tage mehr Urlaub oder eine Stunde AZ-Verkürzung in der Woche will. Sie hat sechs Tage mehr Urlaub genommen – denn Freizeit ist ihr wichtiger als Einkommen. Das haben rund 56% der Beschäftigten bei der DB ähnlich gesehen.

Christian- ein Pfleger am Uniklinikum Heidelberg hat viele Überstunden in den letzten Jahren gemacht – weil das Klinikmanagement keine ordentliche Personalplanung hingelegt hat. Nun hat verdi einen Tarifvertrag für Entlastung abgeschlossen. Darin ist u.a. eine solide Personalplanung wie auch eine Doppelnachtwache festgelegt. Christian und seine Kolleginnen und Kollegen in der Pflege werden so deutlich entlastet.

Cedim – will eine Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich machen. Die Gewerkschaften haben dafür die Ausbildungsverordnungen neu geordnet – und neue Inhalte zur Digitalisierung eingefordert. Als ausgebildete Mechatronikerin wird sie mit der neuen Ausbildungsverordnung auf die digitale Zukunft vorbereitet sein.

Rainer arbeitet schon lange als Instandhalter bei der DB Netz AG. Das bedeutet, er kümmert sich um ein funktionierendes Schienennetz im Raum Heidelberg. In den letzten Jahren ist viel digitalisiert worden – er arbeitet nun viel mit einem Tablet und die Arbeitsprozesse haben sich deutlich verändert. Das belastet ihn. Auf der Basis des TV Arbeit 4.0 der EVG hat sein Gesamtbetriebsrat eine Vereinbarung geschlossen, so dass er Maßnahmen zur Entlastung beantragen kann – er bekommt eine Gesundheitswoche zur Stressentlastung bewilligt.

Ismael – ein IT-Experte, erlebt eine Umstrukturierung im Betrieb- seine Betriebsräte haben dafür mit dem Arbeitgeber eine breite Qualifizierungsoffensive verhandelt – keiner muss gehen, alle können sich weiterentwickeln

Angelika - Mechatronikerin bei den Heidelberger Druckmaschinen hat aufgrund des Tarifabschlusses der IG Metall nun im April mehr Geld in der Tasche – und zwar satte 4,3 Prozent.

Worüber reden wir also, wenn wir am Tag der Arbeit auf das letzte Jahr zurückschauen? Wir reden über sichere Arbeitsbedingungen, wir reden über ordentliche Personalbemessung, über ein Entgelt, dass die Leistung gerecht entlohnt, zukunftsfähige Bildung und Entlastung der Einzelnen – also über Entgelt, Zeit, Gesundheit und Bildung. All das haben wir als Gewerkschaften gemeinsam erreicht. Als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mischen wir uns ein – in Koalitionsverhandlungen, in betriebliche Umstrukturierungen und gesetzliche Veränderungen.

Ich werfe nun einen genaueren Blick auf Thema Digitalisierung – denn hier bestimmen wir die Arbeitsbedingungen der Zukunft mit!

Den Gewerkschaften ist es gelungen, die technikzentrierte Debatte über die „Digitalisierung der Arbeitswelt“ zu beeinflussen und den Menschen in ihren Mittelpunkt zu rücken. Die Digitalisierung wird nicht mehr ohne die Perspektive der Beschäftigten diskutiert. Gute Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz sind nun Thema – in Zeitungen und Berichten.

Die EVG hat die digitalen Herausforderungen im Eisenbahn- und Verkehrsbereich aufgenommen.

Tagtäglich lesen wir in den Zeitungen über selbstfahrende Busse und Züge. Schon haben wir Weichen, die sich bei Problemen selber melden. Wir hören vom Komfort-Check-in und davon, dass sich Bahnkunden über spezielle Apps ihre Reiseketten von Haustür zu Haustür selber zusammenstellen können. All das verändert die Arbeit unserer Zugbegleiter/innen, unserer Reiseberater/innen, unserer Techniker/innen und unserer Fahrdienstleiter/innen.

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat darauf reagiert – mit dem Tarifvertrag Arbeit 4.0. Er gibt den Betriebsräten neue Möglichkeiten in die Hand, um den digitalen Wandel zu gestalten.

Unsere gemeinsame Zielsetzung ist klar: Arbeit als Wert und die Wertschätzung zu erhalten. Wir als Gewerkschaft müssen den Menschen in den Mittelpunkt stellen und Spielregeln gestalten. Deswegen haben wir vereinbart, dass die Beschäftigten von den Effizienzgewinnen durch die Einführung neuer digitaler Technologien profitieren. Indem für sie zusätzliche individuelle Weiterbildungsmaßnahmen oder Gesundheitsmaßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit finanziert werden.

Gute Arbeit heißt für uns, dass sie den Menschen ein sicheres und gutes Leben ermöglicht. Für die Digitalisierung brauchen wir klare Spielregeln, die nicht von wirtschaftlichen Interessen diktiert werden dürfen –Wir stehen damit für gute und menschengerechte Arbeitsbedingungen

Und ein zweiter Blick auf echte Menschen : Unsere Betriebsräte

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

für die gewerkschaftliche Arbeit in Zeiten der Digitalisierung sind Betriebsräte ein zentraler Faktor. Überall in Deutschland werden in diesen Monaten Betriebsräte gewählt.

2014 war die Wahlbeteiligung höher als bei der Bundestagswahl. Auch dieses Jahr wird das so sein. Auch wenn sich die Öffentlichkeit mehr für Splittergruppen in diesem wichtigen demokratischen Raum interessiert – klar ist, in den Betrieben wird Demokratie gelebt.

Denn rechte Gruppen haben versucht, für diese Betriebsratswahl zu mobilisieren. Sie sind gescheitert. Es gab keinen massenhaften Rechtsruck bei den Betriebsratswahlen. Einige wenige wurden gewählt. Was die Rechten als Erfolg bezeichnen, spielt sich im Promillebereich ab.

Die Wahl hat klar gezeigt: Eine rechte Pseudogewerkschaft hat bei uns keine Chancen. Und das ist gut so.

Betriebsräte stehen für Vielfalt, für Solidarität und für Demokratie im Betrieb. Betriebsräte kämpfen für Gute Arbeit. Unterstützt euren Betriebsrat – damit er sich für Euch einsetzen kann!

**Damit komme ich von den sehr konkreten Erfolgen unserer
Gewerkschaftsarbeit zu einigen aktuellen Herausforderungen für
die kommende Zeit – keine Angst, ich zähle nicht alles auf ...
Ich werfe einen kurzen Blick auf fünf Themen**

Arbeitszeit

Prekäre Beschäftigung

Bildungspolitik

Sicherheit für Beschäftigte im öffentlichen Raum

Rechter Populismus

Herausforderung 1 : Geregelte Arbeitszeit – in Sinne der Einzelnen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

endlich wird in Deutschland wieder über Arbeitszeiten diskutiert – und das ist gut so. Die Digitalisierung bietet viele neue Möglichkeiten. Nur ist das Neue nicht automatisch auch gut. Verlassen wir uns also nicht auf halbgare Versprechen, sondern nutzen wir die Chancen ganz konkret.

Die DGB-Gewerkschaften diskutieren nicht nur. Sie handeln. Die jüngsten Tarifabschlüsse der IG Metall, der IG BCE oder bei uns in der EVG sind wegweisend für eine moderne Arbeitszeitpolitik: Für mehr Flexibilität im Sinne der Beschäftigten. Für Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Für Arbeitszeiten, die den unterschiedlichen Interessen, Bedürfnissen und Lebensphasen angepasst werden können – und nicht umgekehrt.

Das ist ein großer Schritt nach vorne für die Beschäftigten.

Wir wollen weiterkommen. Wir wollen für Alle mehr Zeit fürs Leben und mehr Selbstbestimmung über die Arbeitszeiten. Das gilt insbesondere für Frauen. Denn gerade Frauen bleiben oft in der Teilzeitfalle hängen. Deshalb drängen wir darauf, einen vorübergehenden Wechsel von Vollzeit zu Teilzeit und umgekehrt gesetzlich zu ermöglichen und abzusichern. Dann können wir die befristete Teilzeit mit einer späteren Aufstockung oder der Rückkehr in Vollzeit endlich besser durchsetzen.

CDU/CSU und SPD haben das im Koalitionsvertrag festgehalten – allerdings mit Ausnahmen und Quoten für kleine und mittlere Betriebe. Doch mehr Selbstbestimmung darf nicht von der Größe des Betriebs oder vom Wohlwollen der Arbeitgeber abhängen.

Wir wollen ein wasserdichtes Gesetz, das Angebote für alle schafft und niemanden ausgrenzt. Ohne Wenn und Aber. Dafür lasst uns gemeinsam kämpfen.

Arbeitszeit ist kein Wohlfühlthema. Mehr Selbstbestimmung für die Beschäftigten ist bitter nötig! Das gilt besonders, aber nicht nur, für die Kolleginnen und Kollegen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige haben. Seit Jahren schieben wir einen Riesenberg an Überstunden vor uns her. Allein im letzten Jahr haben die Beschäftigten knapp eine Milliarde unbezahlte Überstunden geleistet – unbezahlte Überstunden, das ist in Wahrheit Lohndiebstahl. Und wir sprechen hier nicht von Peanuts. Holen wir uns also unsere Zeit zurück! Und das Geld, das uns zusteht.

Uns steht hier noch ein Großkonflikt ins Haus. Die Arbeitgeberverbände versuchen beharrlich, das Arbeitszeitgesetz zu durchlöchern. Sie wollen den Achtstundentag knacken und dazu auch noch Ruhezeiten einschränken. In der Koalition ist dazu von „Experimentierräumen“ die Rede – gemeint ist eine Öffnungsklausel im Gesetz, um die Arbeitszeiten zu verlängern. Für uns ist das ganz klar eine rote Linie. Keine Experimente beim Arbeitszeitgesetz. Keine Verschlechterung des gesetzlichen Mindeststandards. Keine weitere Entgrenzung

Herausforderung 2: Einschränkung von prekärer Beschäftigung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Beschäftigung steigt, überall herrscht Fachkräftemangel - aber prekäre und atypische Arbeit bleibt. Jetzt muss es darum gehen, die prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Wir brauchen gute Arbeit, die unbefristet ist und tariflich bezahlt wird. Was wir nicht brauchen sind Leiharbeit und Minijobs.

In Deutschland arbeiten 21,6 Millionen sog. atypisch Beschäftigte. Das sind Beschäftigte, die in Teilzeit, in Minijobs oder als Leiharbeiterin oder Leiharbeiter arbeiten. Aber es sind auch Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnisse befristet sind oder die als Solo-Selbstständige arbeiten. Wir haben über 7 Millionen Minijobberinnen und Minijobber, und eine Million Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Auch viele der über 2 Millionen Soloselbstständigen sind prekär beschäftigt, 235 000 werden als Scheinselbstständige eingestuft. Atypisch und prekär Beschäftigte tragen hohe Risiken am Arbeitsmarkt, viele können nicht von ihrer Arbeit leben. Ihnen droht Altersarmut. Den Menschen wird diese Beschäftigung als Brücke in den Arbeitsmarkt verkauft, in Wirklichkeit ist es für viele aber eher eine Sackgasse, aus der sie nicht herauskommen.

Die neuen gesetzlichen Regelungen sind nicht geeignet, um den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern. Arbeitgeber machen das nach wie vor. Werkvertragsbeschäftigte und freie Dienstnehmer werden oft wie das eigene Personal eingesetzt, aber billiger und mit weniger Rechten und können jederzeit wieder weggeschickt werden. Sie ersetzen das Stammpersonal. Hier muss nachgebessert werden –

Auch die Reform der Leiharbeit bleibt hinter den Erwartungen zurück. Gleicher Lohn nach neun Monaten ist ein Fortschritt. Demgegenüber ist die Begrenzung der Höchstüberlassung auf 18 Monate mehr als durchlässig. Die Höchstüberlassung ist nicht an den Arbeitsplatz gebunden. Wir werden sehr genau beobachten, ob die Arbeitgeber durch Austauschen von Beschäftigten die gesetzlichen Regelungen unterlaufen. Leiharbeit darf nur vorübergehend sein und das muss endlich durchgesetzt werden.

Gleiche Arbeit, gleicher Lohn – das muss auch für Minijobs gelten, ebenso wie gleiche Arbeitnehmerrechte und volle soziale Sicherung von Anfang an. Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte müssen durch wirksame Kontrollen bekämpft werden!

Herausforderung 3: Bildung / Ausbildung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Seiten zur Bildungspolitik zählen zu den besseren im Regierungsprogramm der Großen Koalition auf Bundesebene. Union und SPD haben wichtige Forderungen der Gewerkschaften aufgegriffen: Die Schulen werden digital ausgestattet, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kommt, es gibt eine Investitionsoffensive für berufliche Schulen. Eine Mindestvergütung für Azubis soll im Berufsbildungsgesetz verankert werden. Die Förderung von Meisterkursen wird verbessert. Das BAföG wird erhöht und der Bund steigt dauerhaft in die Finanzierung der Hochschulen ein.

Das sind wichtige Reformimpulse für einen bildungspolitischen Aufbruch, den unsere Gesellschaft dringend braucht.

Wir fordern eine Ausbildungsgarantie. Fast 80.000 Bewerberinnen und Bewerber fanden 2017 keinen Ausbildungsplatz. Rund 300.000 Jugendliche sitzen in den zahllosen Ersatzmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung fest. Gerade jungen Menschen mit Hauptschulabschluss fällt der Einstieg in Ausbildung noch immer schwer. Wir müssen die Assistierte Ausbildung ausbauen. Wir müssen über die Qualität der Ausbildung reden.

Deshalb ist eine Reform des Berufsbildungsgesetzes überfällig. Und wir brauchen eine echte Ausbildungsgarantie.

Wir brauchen eine Mindestvergütung für Azubis. Dort wo die Vergütung besonders niedrig ist, sind die Abbrecherquoten extrem hoch.

Im Friseurhandwerk starten pro Jahr im Schnitt etwas mehr als 10.000 Jugendliche ihre Ausbildung. Aber nur gut 5.000 Azubis halten bis zur Prüfung durch. Viele steigen vorher aus, da sie mit der kargen Vergütung nicht über die Runden kommen. Damit ist weder Betrieben noch Jugendlichen geholfen.

Wir kämpfen seit Jahren für mehr Wertschätzung der dualen Ausbildung. Diese Wertschätzung darf sich nicht in Hochglanz-Imagekampagnen erschöpfen, die Jugendlichen müssen das auch spüren. Azubis sind kommende Fachkräfte, und nicht billige Arbeitskräfte. Eine Mindestvergütung für Azubis ist ein wirksames Instrument, um die Berufsbildung attraktiv zu machen.

Und noch eine Frage an alle:

Habt ihr schon Bildungszeit genommen? Als Bahner oder Bahnerin hättet ihr ein Anrecht, unabhängig von den Landesgesetzen,- alle anderen in Baden Württemberg haben diese Möglichkeit seit 2015 durch das Bildungszeitgesetz – auf Druck der Gewerkschaften.

In Baden-Württemberg will die grün-schwarze Landesregierung die bildungspolitischen Uhren jedoch zurück stellen. In Zeiten des Populismus ist es doch widersinnig, wenn staatliche Bildungschancen jedweder Art kaputt gemacht werden

Das erst seit 2015 geltende Bildungszeitgesetz wird nach 2,5 Jahren überprüft – der Plan dahinter scheint offensichtlich: Die Einschränkung bzw. Abschaffung. Das werden wir nicht akzeptieren und uns mit aller Kraft dagegen stemmen.

Herausforderung 4 : Sicherheit für die Beschäftigten im öffentlichen Raum – ein Blick hinter die Kulissen der Bahn

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne euch jetzt eine Zahl. 2.550. Das ist die Zahl der gemeldeten Körperverletzungen gegen Beschäftigte der Deutschen Bahn im vergangenen Jahr. 2.550-mal im Jahr, das bedeutet: 7-mal an jedem Tag wird irgendwo in Deutschland in einem Zug, in einem Bahnhof, in einem Bus eine Kollegin oder ein Kollege von uns tätlich angegriffen. Es trifft Zugbegleiter, es trifft Beschäftigte von DB Sicherheit, es trifft Beschäftigte in den Reisezentren und an den Informationsschaltern.

Das sind offizielle Zahlen der Deutschen Bahn. Und es sind Zahlen, mit denen wir uns nicht abfinden. Sieben Übergriffe am Tag sind sieben zu viel. Wir gehen davon aus, dass es zudem eine hohe Dunkelziffer gibt.

Und wir gehen davon aus, dass die Situation in anderen Verkehrsunternehmen dieselbe ist.

Von unseren Kolleginnen und Kollegen bei ver.di und der GdP wissen wir, dass das für sie ein brennendes Thema ist. Auch Polizist/innen, auch Feuerwehrleute, ja sogar Sanitäter und Rettungskräfte werden immer öfter während ihrer Tätigkeit angegriffen.

Wie sehr muss denn eigentlich unsere Gesellschaft ihren inneren Kompass verloren haben, dass so etwas möglich ist? Dass ausgerechnet diejenigen, die anderen helfen wollen, dabei gezielt behindert und tötlich angegriffen werden? Das können wir nicht zulassen? Hier muss sich die Gesellschaft ändern und Arbeitgeber Verantwortung für ihre Beschäftigten übernehmen

Ich komme zu meinem letzten Thema für heute: Diskriminierung und rechter Populismus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf den ersten Blick leben wir in einem guten, in einem starken Land. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Aber: Diskriminierung und Ungleichheit sind nicht verschwunden.

Rassismus und Ausgrenzung sind ein Dauerthema geworden.

Gewerkschaften engagieren sich von jeher für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt, im Betrieb und in der Gesellschaft. Dabei machen sie keinen Unterschied zwischen denjenigen, deren Vorfahren bereits lange in Deutschland leben und jenen, die in den letzten Jahren zugewandert sind. Dies zeigt sich auch bei den Mitgliedern der Gewerkschaften und den Aktiven in den Gewerkschaften. Beispielsweise haben mehr als 20 Prozent unserer Kollegen und Kolleginnen der IG Metall einen Migrationshintergrund. Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist somit ein Spiegel der Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft, deren Gestaltung mit vielfältigen Herausforderungen verbunden ist. Eine Herausforderung ist die Integration von Flüchtlingen.

Wir brauchen keine Ausgrenzung von Flüchtlingen in Deutschland, weder bei der Eingliederung noch bei den sozialen Leistungen oder der Unterstützung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. Arme Menschen in Deutschland dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Kern des Problems der Armut in Deutschland muss in den Fokus gerückt werden. Dabei geht es von Fragen der Wohnungssuche über den Arbeitsmarkt bis hin zu unzureichenden Hartz IV-Leistungen. Kein Wunder, dass viele Menschen auf Lebensmittelpenden angewiesen sind, und dies sind sie nicht erst seit dem Zuzug von Flüchtlingen.

Wir müssen die Ursachen von Krieg, Verfolgung und Armut bekämpfen, anstatt den Flüchtlingen ein eigen-ständiges Leben in Deutschland zu verwehren. Oder sie unter unwürdigen Bedingungen in Lagern außerhalb der Europäischen Union unterzubringen.

Es gibt eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich trotz stabiler Arbeitslosenzahlen und steigendem Wachstum ausgeschlossen und abgehängt fühlen. Das sind inzwischen Millionen in Deutschland.

Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft ungerecht zugeht. Obwohl die Wirtschaft boomt und die Staatsfinanzen solide sind wie lange nicht mehr, klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Unsicherheiten und ein hoher Druck auf dem Arbeitsmarkt sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit langem spürbar. Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft, ihre Alterssicherung und die Chancen ihrer Kinder.

Rechtspopulisten greifen diese Stimmung mit ihren rassistischen Parolen und nationalistischen Ressentiments auf. Mit erschreckenden 12,6 Prozent ist die AfD in den Deutschen Bundestag eingezogen.

Rechtspopulismus gibt es aber nicht nur in Deutschland. Der BREXIT wurde beschlossen, Trump gewählt, rechtspopulistische Parteien sind in Ungarn, Polen und Österreich an der Regierung. Ihr Vormarsch ist Ausdruck der sozialen Spaltung.

Gefragt ist eine Politik, die mit aller Entschlossenheit für mehr Solidarität und sozialen Zusammenhalt

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
die Rechtspopulisten wollen den Keil der Spaltung immer tiefer in unsere Gesellschaft treiben, indem sie Angst vor allem Fremden, vor Veränderung säen. Sie schüren Hass und provozieren Gewalt. Das dürfen wir nicht zulassen!

Mit Blick auf den Bundestag und die Landtage gilt: Wir sind falsch beraten, wenn wir uns an den dumpfen neoliberalen, nationalistischen und völkischen Parolen der Rechten abarbeiten. Wir lassen uns nicht von den Rechten treiben. Wir haben als Gewerkschaften eigene Antworten auf die Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen.

Unsere Antworten sind solidarisch. Und nicht nur das: Sie sind konkret und umsetzbar! Und wir kämpfen dafür, dass sie umgesetzt werden. Dafür brauchen wir Politikerinnen und Politiker im Land und im Bund, die mit uns gemeinsam für Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Das gilt für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Geschlecht. **Unsere**

Alternative heißt Respekt und Solidarität!

Damit erreichen wir die Menschen. Damit werden wir den Rechtsaußen das Wasser abgraben. Denn wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – bei uns in Deutschland und in Europa.

Die AfD ist national und neoliberal. Sie steht für Privatisierung, Abbau der sozialen Sicherung und den Rückzug des Staates. Davon profitieren nur Besserverdienende und Vermögende. Und das bisschen, was es aus Sicht der AfD noch an Solidarität zu verteilen gibt, soll ausschließlich an Deutsche gehen. Das löst keine Konflikte, sondern verschärft sie.

Unsere Solidarität gilt allen Kolleginnen und Kollegen. Dafür stehen wir. Dafür streiten wir. Viele von Euch beteiligen sich daran – im Betrieb, der Dienststelle oder in Gesellschaft und Politik – Danke Euch dafür!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir zeigen am 1. Mai: Wir kämpfen für eine freie, gerechte und
solidarische Gesellschaft. Für eine Gesellschaft die allen Menschen ein
gutes Leben ermöglicht.

**Der 1. Mai ist unser Tag! Am 1. Mai feiern wir Erfolge und zeigen
Flagge für unsere Forderungen! Denn wir können stolz sein auf
unsere Erfolge und werden nicht aufhören, gute Arbeit einzufordern
und umzusetzen**

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit